

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanschrift: Tagesblatt Rieser, General Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptkollektors Meitzen.

Postkonton: Dresden 1530  
Circulose Rieser Nr. 82.

Nr. 279.

Mittwoch, 1. Dezember 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kote. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Gelingen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; gezeigter und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Empfänger an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Versender keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsrecht und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Rieser.

## Briand's Rede.

Paris, 30. November. In Beginn seiner mit großer Spannung erwarteten Rede in der heutigen Nachmittags-Sitzung der Kammer sprach der französische Außenminister Briand zunächst auf die kommunistischen Angriffe gegen die französische Politik in Tunis, Syrien und China ein.

Einen großen Teil seiner Ausführungen widmete Briand den französisch-italienischen Beziehungen. Er behauptete, daß die Erregung in Italien sich immer gegen Frankreich lehre, wobei er feststellte, daß Frankreich diese Erregung immer ausschließlich habe vorübergehen lassen. Der französische Minister habe wegen der italienischen Zwischenfälle Schritte unternommen und Frankreich habe Genugthuung erhalten, so daß die guten Beziehungen mit Italien wieder hergestellt seien. Italien müsse aber erkennen, daß diese Familienverhältnisse weit genug getrieben worden seien und nun aufhören müssen.

In den deutsch-französischen Beziehungen übergehend, erklärte Briand, daß die Politik Frankreichs eine Politik des Friedens sei. Wenn es keine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich gebe, so würde es auch keinen dauerhaften Frieden geben.

Briand verurteilte dann gegenüber den kommunistischen Angriffen den Völkerverbund und das bisher von ihm geleitete Werk zu revidieren und erklärte, daß die Politik von Locarno eine Verwirklichung der Völkerverbandsidee sei. Es ist seine Meinung, so fuhr Briand fort, daß Deutschland in Locarno freiwillig einen Vertrag unterzeichnete, der unsere Grenzen anerkennt und auf die Gewalt zur Regelung aller Konflikte mit seinen Nachbarn verzichtet. Wenn man von Enttäuschungen nach Thoiry spräche, so müsse man bedenken, daß der Vertrag von Locarno erst seit einem Vierteljahr in Kraft ist. Man hat von Thoiry von etwas Neuem gesprochen, das an die Stelle von Locarno getreten ist. Dies ist aber nicht der Fall, sondern die Verhandlungen von Thoiry sind nur eine Unterhaltung nach vielen anderen gewesen. Stresemann und er haben es ganz natürlich gehalten, daß sie sich in ihren Unterhaltungen bemühten, die Schwierigkeiten zu regeln, die zwischen ihren beiden Ländern entstehen konnten. Wir sind nicht im Rheinlande, um Deutschland zu schikanieren, wir halten es als ein Pfand in der Hand. Die Bestimmungen eines Vertrages können erst leichtet werden, wenn die beiden Parteien sich darüber verständigen. Eine Belastung kann gemildert werden. Die Zwischenfälle im Rheinlande bildeten den Gegenstand der Unterhaltungen der beiden Minister.

Briand warf dann die Frage auf, ob es nicht von Interesse sei, daß diese Zwischenfälle verschwinden. Er warnte die Kammer vor Kommenaren, die sich auf verstreumte Äußerungen der jüngsten Rede Stresemanns stützen. Stresemann sei über verschiedene Punkte mit ihm uneinig. Aber man verhandle jeden Tag darüber. Nicht eine Unterhaltung zweier Minister im Gasthaus, sagte Briand wörtlich, kann mit einem Schläge die Lage Frankreichs und Deutschlands verändern und die blutige Vergangenheit auslöschen. Die Hauptfrage ist der gute Wille auf beiden Seiten. Wenn ein neuer Krieg ausbrechen würde, so werde es keine Sieger und keine Besiegten mehr geben, sondern das wird der Untergang Europas sein. Frankreich lehnt seine Ehre daran, den Frieden zu schaffen, aber zuerst muß das Sicherheitsproblem geregelt sein. Der Völkerverbund muß an die Stelle der gegenwärtigen Kontrollorgane treten. Die Abrüstungsfrage geht noch sehr viele andere Mächte an als nur Frankreich und Deutschland. Die Stresemann gefordert hat, geht es auf dem Wege langsam vorwärts, aber man muß ihn beschleunigen. Der Eintritt in den Völkerverbund ist nicht, wie Dr. Birich meint, ein Opfer, sondern eine Ehre und ein Vorteil.

Über die französische Rheinlandspolitik erklärte Briand, daß Frankreich Vorfahrt gebührt und Zugeständnisse gemacht habe. Seit Locarno, so erklärte Briand, wurde im Rheinlande ein Reichskommissar ernannt. Die französischen Besatzungstruppen sind vermindert worden. 20 Prozent der besetzten Wohnungen wurden zurückgegeben. Die Urteile aus der Zeit des Ruhrkampfes wurden aufgehoben und 1/3 der Ansprüche Deutschlands wurden erfüllt. Frankreich hat also den versöhnlichsten Geist gezeigt. Briand stellte dann in Aussicht, daß diese Politik ein Beschluß sei, sondern es seien in der Richtung einer Besserung der Beziehungen zwischen den beiden Völkern Fortschritte erzielt worden. Die Fühlung sei aufgenommen, was einen großen Fortschritt bedeute, der eine weitgehende Sicherheit gebe.

Zum Schluß erklärte Briand, daß er der Überzeugung sei, daß die Erhebung der internationalen Kontrolle durch die Völkerverbandskontrolle weit davon entfernt sei, die Sicherheit Frankreichs zu vermindern, sondern diese im Gegenteil hierdurch vermehrt werde.

Die Frage des Ankaufs des „Gold Raiferhof“ durch das Reich.

Oba Berlin. Auf der Tagesordnung der außerordentlichen Generalversammlung der „Gold Raiferhof“ fand am Dienstag die Veräußerung des „Gold Raiferhof“. Die Verkaufsverhandlungen mit dem Reich (Kaufpreis 8 1/2 Millionen) waren in der Weise beschleunigt, daß sich das Reich bis zu dem Termin der Generalversammlung endgültig über den Ankauf entschließen mußte. Da dies nicht geschehen ist, haben die Aktionäre wieder freie Hand. Von verschiedenen Seiten wurde in der Generalversammlung betont, daß der Verkaufspreis von 8 1/2 Millionen keineswegs mehr den tatsächlichen Bodenpreisverhältnissen in der

## Ergebnislose Ministerpräsidentenwahl im Landtage.

Die zweite Sitzung von Sachsens neuem Landtage hat den Verlauf genommen, der im wesentlichen vorauszusehen war. Nach der Erledigung verschiedener Räten bildete ein Vorstich des nationalsozialistischen Abgeordneten von Nüde eine gewisse Ueberzeugung. Er setzte sich für sehr rasche Behandlung der Angelegenheit des verhafteten kommunistischen Abgeordneten Ewert ein und beantragte dann ein Mißtrauensvotum für die Regierung selbst. Dieser Antrag konnte schon deshalb nicht beraten werden, weil er noch nicht schriftlich vorlag; er hat aber auch keinen Zweck, der verhandelt werden könnte, da ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung ja nur den Rücktritt dieser Regierung herbeiführen kann. Sie ist ja aber in Einhaltung der Verfassungsbestimmungen schon zurückgetreten und ist nur noch geschäftsführendes Ministerium, bis ein neuer Ministerpräsident gewählt sein wird. Die für heute angeordnete Wahl des Ministerpräsidenten verlief, wie angekündigt, ergebnislos; Kleiser erhielt die 44 Stimmen seiner Linksozialisten und Kommunisten, die anderen Parteien wählten formell ihre Fraktionsführer. Man soll heute in acht Tagen die Wahl wiederholt werden. Es besteht Hoffnung, daß sich bis dahin die in Frage kommenden Parteien geeinigt haben, so daß weitere Verhandlungen unnötig sind. Daß diese Hoffnung in Erfüllung geht, ist zweifellos sehr zu wünschen.

M. Dresden, 30. Nov. 1926.

Die Tribünen sind bis auf den letzten Sitzplatz gefüllt. Man erwartet aufsehend die Entscheidung über die Wahl des Ministerpräsidenten. Die Verhandlung wird aber auf eine lange Probe gestellt, da wegen einer Sitzung des Reichsausschusses die Sitzung um dreiviertelstündiger Verspätung beginnt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Dr. Wilhelm namens der Wirtschaftspartei eine Erklärung zur Schriftführerwahl am vergangenen Donnerstag ab, die sich mit der bereits veröffentlichten deckt. — Das Haus nimmt davon Kenntnis.

Abg. Kunath (Wirtsch. P.) erklärt, bei der Vizepräsidentenwahl solle ein Stimmzettel die Unterschrift Kunath getragen haben; es könne sich nur um einen Mißbrauch seines Namens oder um unrichtiges Kleben handeln, denn er habe seinen Namen auf keinen Zettel geschrieben. — Vizepräsident Dr. Eckardt (Dn.) bekräftigt, daß es sich um einen Verfälscher handle.

Es werden dann durch Zuzuf einmütig die Abg. Grohmann (W.P.), Birich (N.-Soz.), Götling (Kaufm.-P.) und Klaus (Dem.) zu stellvertretenden Schriftführern gewählt.

Dann findet die Bildung der ordentlichen Ausschüsse statt. Es werden gewählt 15 Abgeordnete in den Prüfungsausschuß, Vors. Abg. Schmidt (D.P.), 21 in den Haushaltsausschuß A, Vors. Abg. Bedel (Soz.), 19 in den Haushaltsausschuß B, Vors. Abg. Berg (Dn.), 21 in den Rechtsausschuß, Vors. Abg. Renner (Komm.).

Abg. v. Müde (N.-Soz.) beantragt, die übrigen Punkte von der Tagesordnung abzuheben und zu beschließen, 1. ungeschehen die notwendigen Schritte zur sofortigen Haftentlassung des Abg. Ewert (Komm.) zu ergreifen und die Wahl des Ministerpräsidenten erst dann auf die Tagesordnung zu setzen, wenn der Landtag vollständig ist; 2. über die Aufhebung der Immunität des Abg. Birich erst dann zu beraten, wenn die neue Regierung das Vertrauen des Landtages erhalten hat; 3. die Interims-Regierung befugt nicht das Vertrauen des Landtages.

Abg. Böttcher (Komm.) erklärt, seine Partei könne dem Antrag v. Müde in dieser Form nicht zustimmen.

Innenrat entspräche. Von einer Seite wurde sogar der Gesamtwert auf mindestens 21 Millionen berechnet. Der Vorsitzende, Generalkonsul Landau, führte aus, man habe sich nur schweren Herzens an den Verkaufsverhandlungen entschlossen, da die unerhöht hohen Steuern und Kosten eine Rentabilität des Unternehmens in Frage gestellt hätten. Von anderer Seite wurde betont, daß die Stadt Berlin durch ihre maßlose Propaganda gegen den Verkauf eine gewisse Verantwortung übernommen habe und man beim Richtverkauf evtl. mit Regressansprüchen gegen die Stadt Berlin vorgehen solle. Bankier Arnold erklärte, daß man gar nicht an einen Verkauf gedacht hätte, wenn die Stadt Berlin in finanzieller Hinsicht zum Entgegenkommen bereit gewesen wäre. Schon der Fortfall der Hausmiete würde eine Ausgabensparnis von etwa einer halben Million gebracht haben.

Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen mit dem Reich, lehnt eine Prolongation des bisherigen Vertrages ab, ermächtigt die Verwaltung, die Verhandlungen weiter zu führen und evtl. den Verkauf durchzuführen, wobei allerdings auf die veränderte Situation hinsichtlich der Preisbildung Rücksicht genommen werden mußte. Zwischenzeitlich wird die Verwaltung beauftragt, zwecks Vermeidung der Stilllegung die anderwärts eingeleiteten Verhandlungen weiterzuführen, besonders aber auch mit der Stadt Berlin und dem preussischen Staat, die beide ein besonderes Interesse an der Aufrechterhaltung des Hotels besitzen, in Verbindung zu treten, um deren Fortschritt zu hören.

Das Haus lehnt eine Änderung der Tagesordnung ab. Darauf beantragt Abg. Böttcher (Komm.) den Antrag seiner Fraktion auf sofortige Freilassung des verhafteten kommunistischen Abg. Ewert. Der Verhaftete solle angehörl an zwei Sitzungen des Zentralkomitees der kommunistischen Partei teilgenommen haben, in denen angeblich hochverräterische Pläne besprochen worden seien. Aus diesem Grunde sei das Strafverfahren gegen Ewert eingeleitet und er verhaftet worden. Der Haftbefehl liege 2 1/2 Jahre zurück. Der Reichstag habe hinsichtlich zweier Abgeordneter, gegen die dieselben Beschuldigungen vorlägen, die Aussetzung des Strafverfahrens beschloffen. Der Landtag müsse deshalb den gleichen Beschluß fassen.

Justizminister Bünger verwahrt das sachliche Justizministerium gegen den Vorwurf des Vorredners, daß es die Geschäfte des Reichsanwalts bestraf habe. Nachdem die Verhaftung Ewert's erfolgt sei, könne eine Entlassung nur auf Antrag des Hauses erfolgen, dem der betreffende angehörl. — Ein kommunistischer Antrag auf sofortige Haftentlassung wird abgelehnt.

Abg. Edel (Soz.) stimmt namens seiner Freunde dem kommunistischen Antrag auf Haftentlassung Ewert's zu. Abg. Dr. Wagner (Dn.): Eine Verlesung gesetzlicher Bestimmungen liegt bei der Verhaftung Ewert's nicht vor. Er beantrage Ueberweisung des kommunistischen Antrages an den Rechtsausschuß, der den Fall zu prüfen haben werde. Die Verweisung an den Rechtsausschuß erfolgt einstimmig. Weiter steht auf der Tagesordnung die

## Wahl des Ministerpräsidenten.

Abg. Edel (Soz.) schlägt namens seiner Partei als Ministerpräsidenten den früheren Kultusminister und jetzigen Reichstagsabg. Hermann Kleiser vor.

Abg. Siemert (Komm.) erklärt, seine Partei werde für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen unter der Voraussetzung, daß er den kommunistischen Forderungen entspreche. Seine Partei werde ihr Verhalten von der jeweiligen Situation und den Handlungen des Ministerpräsidenten abhängig machen.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Es werden 25 Stimmabgaben.

Davon kamen auf Hermann Kleiser 44, auf Abg. Hofmann (Dn.) 14, auf Abg. Dr. Böttcher (D.P.) 12, auf Abg. Raifer (W.P.) 7, auf Abg. Dr. Senfert (Dem.) 7, auf Abg. n. Jumentli (Kaufm.-P.) 4, auf Ministerpräsident Feldt 4, auf Abg. Birich (Soz.) 1, auf Abg. v. Müde (N.-Soz.) 1 und auf Abg. Tittmann (N.-Soz.) 1.

Abg. Lieberlach (Komm.), der als Schriftführer die Namen verliest, schlägt die Besetzung mit der Bemerkung: Nun ist der Ruhhandel fertig. (Heiterkeit.)

Präsident Schwarz, teilt mit: Die absolute Mehrheit ist 48, sie ist nicht erreicht worden, infolgedessen ist ein Ministerpräsident nicht gewählt.

Nächste Sitzung: Dienstag, 7. Dezember, nachm. 1 Uhr: Zweite Beratung des komm. Antrages auf Haftentlassung des Abg. Ewert und Wahl des Ministerpräsidenten.

## Entschuldungsbeihilfe betr.

Dresden. Abgeordneter Dr. Belfert und 11 Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei haben im Landtag folgende Anfrage eingebracht: Ist die Regierung bereit, entsprechend dem Vorgehen des Reiches den sachlichen Staatsbeamten eine Entschuldungsbeihilfe so rechtzeitig zu gewähren, daß sie noch vor Weihnachten ausgegahlt werden kann.

## Der Güterzug München-Berlin entgleift.

1 Toter, 2 Verletzte.

München. (Funkdruck.) Heute früh 2 Uhr entgleiten Lokomotive und 28 Wagen des Durchgangsgüterzuges 6145 München-Berlin auf dem Bahnhof Reichertshofen in Oberbayern infolge Bruches einer Federspanne der ersten Tenderachse. Zugführer und ein Schaffner wurden leicht verletzt, der Begleiter eines Werdewagens wurde getötet. Der Schaden ist erheblich. Der Zugverkehr wird vorerst eingeleistigt durchgeföhrt.

## Die Polen sabotieren.

Rattowitz. (Funkdruck.) Wie vorsehen, sollte am 3. Dezember in Rattowitz zum ersten Male das neue Stadtverordnetenkollegium zusammentreten. Es wurde jedoch der Termin der ersten Sitzung im letzten Moment abgesetzt, weil von Einwohnern der Gemeinde Boguskiß die Wahlenschein Einspruch erhoben worden war, der von der Wojwodenschaft als gerechtfertigt angesehen worden ist. Aus verschiedenen Landgemeinden wird berichtet, daß dort bereits die Wahlen der Gemeindegliedern stattgefunden haben. In vielen Fällen wurden aber die deutschen Witen mit der Begründung ausgeschlossen, daß sie aus formellen Gründen als unzulässig angesehen seien. Infolgedessen wurden nur polnische Gemeindegliedern gewählt.